

1 **Der Umgang mit dem Islam in Deutschland**

2 Antragsteller: Kommission Gesellschaft und Soziales

3 Die Junge Union Schleswig-Holstein verurteilt die Anschläge in Paris aufs Schärfste. Die
4 jüngsten Vorkommnisse stellen einen Angriff auf die Grundwerte unserer freiheitlichen
5 demokratischen Gesellschaft dar. Die Anerkennung dieser freiheitlich-demokratischen
6 Grundordnung ist das Fundament für ein harmonisches Miteinander aller in Deutschland
7 vertretenen Menschen und deren Religionen. Weder religiöser noch sonstige Formen des
8 Extremismus haben einen Platz in Deutschland.

9 Daher fordert die Jungen Union Schleswig-Holstein:

- 10 - Das Engagement aller muslimischen Verbände und Vertreter in Deutschland gegen
11 extremistisches oder fundamentalistisches Verhalten.
- 12 - Die Förderung eines freiheitlichen Islams durch die Gewährleistung von Lehr- und
13 Forschungseinrichtungen an deutschen Universitäten. So kann sichergestellt werden,
14 dass Predigten in deutscher Sprache stattfinden können.
- 15 - Eine Stärkung der Diskussionskultur unter den Religionen mit Gewährleistung der
16 gegenseitigen Meinungs- und Pressefreiheit.
- 17 - Ein Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum.
- 18 - Ein Kopftuchverbot für Angehörige des öffentlichen Dienstes während der Ausübung
19 ihres Dienstes.
- 20 - Eine Religionsbildung an Schulen, die Kenntnisse über die Weltreligionen vermittelt und
21 über religiösen Extremismus aufklärt.
- 22 - Eine klare Absage an jedwede Paralleljustiz, insbesondere ein Verbot von Scharia-
23 Gerichten.